

Bürgermeister Dr. Storch führt kurz in das Thema ein und verweist noch einmal auf die seitens der CDU eingebrachten Tischvorlage, die zuvor jedem Ratsmitglied ausgehändigt wurde. Der Antrag ist als **Anlage 3** der Niederschrift beigelegt.

Herr Diwo trägt die wesentlichen Antragsgründe aus der Antragsformulierung vor. Voraussetzung für das weitere Verfahren sei die Einholung einer entsprechenden Ingenieurleistung. Eine Bürgerbeteiligung müsse allen Eitorfern ermöglicht werden und nicht nur den Marktanliegern. Aus diesen Gründen habe man den eingebrachten Beschlussvorschlag formuliert. Ergänzend geht Herr Diwo noch auf Abschnitt II. des Antrages (Instandsetzung Sportplätze) ein, wobei der Bürgermeister daran erinnert, dass dieser Punkt unter TOP 5.6 auf der Tagesordnung stehe.

Der Bürgermeister interpretiert den CDU-Antrag so, dass man nun „Geld in die Hand nehmen“ müsse.

Vor Aufruf der Rednerliste verweist Herr Langer auf den seitens der Grünen gestellten Antrag und bittet darum, diesen ebenfalls begründen zu dürfen.

Nachdem der Bürgermeister Herrn Langer das Wort erteilt hat, erklärt dieser, dass die Grünen den Bürgerprotest aufgegriffen hätten. Er skizziert kurz den gestellten Antrag und verweist ergänzend auf die heute allen Fraktionen vorgelegte Unterschriftenliste.

Herr Liene ist der Meinung, dass die CDU mit ihrem Antrag Zeit schinden wolle. Das Thema müsse auf Eis gelegt werden. Die Kosten ständen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Konkret sei auch überhaupt kein Anlass erkennbar, wieso die Marktzufahrt nun plötzlich verlagert werden müsse. Viel besser sei es, die Thematik im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zu betrachten.

Herr Bösking bezieht sich auf Presseveröffentlichungen der FDP. Diese hätte den Sinn der Maßnahme offensichtlich nicht begriffen. Es gehe nicht darum, 50 Meter Fußgängerzone hinzuzugewinnen sondern vielmehr um eine echte Verkehrsberuhigung. So verweist er auf die ständig im Gehwegbereich parkenden Fahrzeuge.

Herr Tendler geht auf die Bedeutung des Markplatzes ein. Nicht jede Kommune verfüge über so einen Platz. Seine Fraktion habe über Jahre ihren Standpunkt zur Nutzung des Markplatzes klar gemacht.. Aufgrund vieler unterschiedlicher Nutzungen sei erkennbar, dass der Platz den Bürgern als 24-Stunden-Parkplatz zu schade sei. Zur Zeit sei die dortige Situation allenfalls eine Notlösung. Der Straßenübergang in Höhe der Deutschen Bank werde von den Fußgängern bereits jetzt de facto als Fußgängerzone genutzt. Hierdurch würden aber gefährliche Situationen heraufbeschworen. Zu bemängeln sei auch die unglückliche Einfahrtmöglichkeit in den Markt. Schon die schlechte Akzeptanz des Parkhauses zeige, das rechtwinklige Einfahren schlecht seien. In der Tat seien Antragsgegenstand und Beschlussvorschlag der Verwaltung völlig unterschiedlich. Folge man dem heute gestellten Antrag, habe man auch Planungssicherheit.

Herr Diwo erinnert an einstimmige Beschlüsse von Unterausschuss, APV und Rat zum Thema Marktzufahrt aus dem Jahr 2002. So habe man auch die Kosten im Auge gehabt. Erhöhte Kosten wären durch die Verlagerung der Versorgungseinheit (Überdach, Telefon etc.) entstanden. Der nun zur Diskussion stehende Vorschlag sehe aber genau hiervon ab. Mit dem Argument „Kosten“ könne man jedes Projekt kaputt machen. Im Hinblick auf das Zustandekommen der vorgelegten

Unterschriftenliste hegt Herr Diwo den Verdacht, dass den Unterschreibenden suggeriert worden sei, dass der Marktplatz als Parkfläche verschwinden solle. Die deutliche Position der CDU sei, den Marktplatz nicht als Parkfläche zu schließen. Vor allem der Einzelhandel benötige den Markt als Parkfläche.

Der Bürgermeister nimmt Stellung. Zwar mögen die damaligen Beschlüsse einstimmig gewesen sein, jedoch sei da noch nicht klar gewesen, dass man eine gesamtplanerische Sicht der Dinge bekomme. Die Kosten seien nicht in dieser Höhe erkennbar gewesen. Allerdings gehe es nicht darum, etwas kaputt zu machen, sondern Prioritäten zu setzen. Diese für die Gemeinde z.B. für das Naturwissenschaftliche Zentrum, das Jugendcafé oder auch die Sportplätze. Man könne sich nicht alles auf einmal leisten.

Herr Diwo verweist darauf, dass auch der Bürgermeister die Prioritätenliste mit beschlossen habe. Auch die wirtschaftliche Situation habe sich seither nicht geändert, bzw. eher verbessert. Das Argument der gesamtplanerischen Sicht ziehe nicht, da der Marktplatz nicht zum Kerngebiet der Regionale 2010 gehöre.

Im Anschluss an die Regionale, so der Bürgermeister, könnten sich aber weitere gesamtplanerische Impulse ergeben. Der Prioritätenliste habe er insgesamt zugestimmt, um nicht die gesamte Liste zu gefährden, auch wenn er gezielt gegen die Einzelmaßnahme gewesen sei.

Herr Schmidt erklärt, dass sich die BfE-Fraktion der Verwaltungsvorlage anschließen werde. Die von den Herren Bösking und Tendler vorgetragene Argumente seien teilweise richtig und nachvollziehbar. Allerdings sei es dann eher Aufgabe der Verwaltung, beispielsweise bei verkehrswidrigem Parken einzuschreiten. Die von Herrn Diwo angesprochenen einstimmigen Beschlüsse seien damals unter anderen Voraussetzungen getroffen worden. CDU und SPD hätten dem Jugendcafé zugunsten der Markzufahrt 50.000 Euro weggenommen. Bei der seinerzeitigen Zustimmung sei man vom Bau eines Kreisels ausgegangen. Heute eine Ampelanlage gegen eine andere auszutauschen ohne dringende Notwendigkeit mache für seine Fraktion keinen Sinn. Gebe es eine solche Notwendigkeit in der Folge der Regionale 2010 bzw. eines städtebaulichen Konzeptes, könne man neu überlegen und erreiche vielleicht auch eine größere Akzeptanz bei den Bürgern.

Herr Langer begrüßt, dass Prioritäten in Richtung Schule, Sport und Bildung gesetzt werden. Die Herren Diwo und Tendler hätten durchaus in Teilen ihrer Argumentation recht, aber man sei eben bei der Maßnahme von einem Kreisverkehr ausgegangen, der nun nicht mehr gebaut werde. Überlegen müsse man mit den Bürgern. Insofern werde man auch keinem Antrag zustimmen, der bereits von einer „Ausführungs“-Planung ausgehe.

Herr Liene spricht noch einmal das Kosten-/Nutzenverhältnis an. So gebe es kein Einzelhandels- oder Gastronomiekonzept, auf das sich eine solche Maßnahme stütze. Die Bekämpfung von Falschparkern sei Sache des Ordnungsamtes bzw. der Polizei.

Herrn Tendler geht es auch um eine Steigerung der Lebensqualität. Er nennt fünf wesentliche Punkte, weswegen er die Maßnahme für sinnvoll halte:

- Kein Begegnungsverkehr mehr in einem problematischen Bereich
- Keine Konkurrenz mehr zwischen ruhendem und fließendem Verkehr

- Deutliche Entkoppelung von Fußgänger- und Fahrzeugverkehr
- Verbesserung der Fußgängersicherheit
- Verbesserte bauliche Anpassung an die bestehende Fußgängerzone

Außerdem sieht Herr Tendler das Phänomen, wonach sich Wasser und Autofahrer immer den günstigsten Weg suchten. So würden Ampelschaltungen in der Asbacher Straße mit Durchfahren der Cäcilienstraße umgangen. Dies könne nicht richtig sein, und hierfür sei die Cäcilienstraße auch gar nicht ausgelegt.

Herr Meeser erklärt, dass die angestrebte Marktzufahrt mit dem zunächst vorgesehenen Kreisverkehr durchaus Sinn gemacht hätte. Verschiedene Argumente sprächen durchaus für die Maßnahme. Aber ausschlaggebend sei auch der Bürgerwille. Darüberhinaus sei es sinnvoll zu warten, welche Entwicklungen sich im Nachgang zur Regionale 2010 ergeben würden, um dann mit einem gesicherten Konzept und einer gesicherten Finanzierung das Thema noch einmal anzugehen.

Herr Scholz hält die von Herrn Tendler vorgetragenen Punkte durchaus für richtig. Aber den Problemen könne man auch mit ordnungsbehördlichen bzw. polizeilichen Maßnahmen begegnen. Vor einer konkreten Ausführungsplanung solle man sich erst einmal gedanklich dem Thema nähern und eine Stufe zurück gehen.

Gegen Ende der ausgiebigen Aussprache lässt Bürgermeister Dr. Storch zunächst über die Verwaltungsvorlage und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss

Nr. XII/28/326

Der Beschlussvorlag der Verwaltung sowie der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 08 JA-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen

In Bezug auf *Punkt 2 des CDU-Antrages* fragt der Bürgermeister, ob dieser als Empfehlung an den BA zu verstehen sei oder direkt als Auftrag an die Verwaltung.

Herr Diwo erklärt, dass der Beschluss diesbezüglich direkt als Auftrag an die Verwaltung zu verstehen ist.